

CDU-Parteitag Enthaltungen nicht möglich

Unter den Delegierten des jüngsten CDU-Bundesparteitags gibt es Ärger über die Abstimmung zum Koalitionsvertrag, da die Parteitage-regie nur nach Ja- und Nein-Stimmen fragte. „Ich wartete auf die Gelegenheit, mich zu enthalten, aber leider wurde danach nicht gefragt“, sagt Mathias Höschel, Delegierter aus Nordrhein-Westfalen. „So blieb meine Stimmkarte ungenutzt auf dem Tisch.“ Zwar hätten Enthaltungen die große Mehrheit für das neue schwarz-rote Bündnis nicht gekippt. Doch selbst eine Delegierte, die für den Vertrag stimmte, ist empört: „Bei einer so

wichtigen Entscheidung gehört es zum guten Ton, Enthaltungen abzubilden“, sagt Dorin Müthel-Brenncke, Delegierte aus Angela Merkels Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. „Mich hat sehr irritiert, dass gar nicht erst gefragt wurde.“ Auch aus Sachsen und Baden-Württemberg gibt es kritische Stimmen. „Das Abstimmungsergebnis wurde leider ohne Not etwas geschönt“, sagt der Abgeordnete Olav Gutting aus Karlsruhe. Ihm seien mehrere Delegierte bekannt, die sich enthalten wollten und verärgert seien. Aus der CDU-Zentrale heißt es, der Sprechzettel für das Parteitagepräsidium hätte die Frage nach Enthaltungen vorgesehen. „Es muss im Eifer des Gefechts untergegangen sein.“ ama

Reparationen „Superopfer“ Polen?

Führende Historiker aus Deutschland und Polen werfen Premierminister Mateusz Morawiecki vor, er vereinnehme das Thema Reparationen „für politische Zwecke“ und wolle sein Land zum „Superopfer stilisieren“. Morawiecki hatte kürzlich im SPIEGEL erklärt, die Polen hätten für Schäden im Zweiten Weltkrieg von deutscher Seite „nur ein Prozent dessen an Kompensation erhalten, was die Bürger in den westlichen Ländern oder in Israel erhalten haben“ (Nr. 8/2018). Nach Berechnungen der Pro-

fessoren Constantin Goshler (Bochum) und Krzysztof Ruchniewicz (Breslau) betrug die Summe jedoch umgerechnet etwa 1,6 Milliarden Euro, insgesamt ein Sechstel der deutschen Entschädigungen für NS-Opfer im Ausland. Nicht eingerechnet ist dabei der Wert der ehemaligen deutschen Ostgebiete, die 1945 an Polen fielen. Auch Goshler und Ruchniewicz finden, dass die individuelle Entschädigung von Polen gemessen an den erlittenen Schäden „verschwindend gering“ sei. Aber deswegen dürfe man „nicht die Fakten verzerren oder die (deutschen) Leistungen ignorieren“. klw

AfD Aufmüpfige Fraktion

Die Fraktionsführung der AfD ist mit mehreren Versuchen gescheitert, das Verhalten ihrer Abgeordneten zu regeln. So lehnten die Fraktionsmitglieder eine „Compliance-Erklärung“ ab, die ihre Führung um Alice Weidel und Alexander Gauland vorgelegt hatte. Diese hätte die Abgeordneten verpflichtet, „parlamentarische Aufgaben stets losgelöst von eigenen beruflichen oder privaten Interessen“ wahrzunehmen, und zwar „im Sinne der Partei Alternative für Deutschland“. Interessenkonflikte sollten laut dem Regelwerk dem Fraktionsvorstand

gemeldet werden, der notfalls die Tätigkeit untersagen dürfe. „Nach verhältnismäßig wenigen Wortmeldungen war das Dokument vom Tisch“, berichtet die AfD-Abgeordnete Corinna Miazga. Offensichtlich würden Teile des Vorstands in ihrer Arbeit „falsche Prioritäten“ setzen. Auch ein Regelwerk über Auslandskontakte scheiterte. Nach Angaben aus Fraktionskreisen sollten AfD-Abgeordnete verpflichtet werden, Auslandsreisen beim außenpolitischen Sprecher, Armin Paul Hampel, anzumelden. Anlass für den Vorgang soll eine Reise von AfD-Politikern auf die von Russland annektierte Krim gewesen sein. ama



Zivilisten im zerstörten Warschau 1944

Abgeordnete Mehr Limousinen für den Bundestag

Um allen Abgeordneten das Privileg des Limousinen-Service mit eigenem Fahrer zu sichern, muss die Bundeswehr ihre Parlamentsflotte deutlich aufstocken. Wegen der Vergrößerung des Bun-

destags von 631 auf 709 Abgeordnete waren die Fahrer der BwFuhrparkService, eines Tochterunternehmens der Bundeswehr, zuletzt völlig überlastet. Laut internen Zahlen gab es 6000 Fahrtanfragen pro Woche – gut 20 Prozent mehr als vor der Bildung des neuen Parlaments. Seit Januar würden

nun 20 zusätzliche Limousinen eingesetzt, heißt es bei der BwFuhrparkService. Damit wuchs die gesamte Limousinenflotte für den Bundestag um ein Fünftel auf 120 Fahrzeuge. Neben wenigen kleineren Elektroautos werden vor allem Audi A6, BMW 5er und E-Klasse-Modelle von Mercedes-Benz

eingesetzt. Der Fahrdienst kann von allen Abgeordneten des Bundestags für sogenannte Mandatsfahrten innerhalb Berlins kostenfrei angefordert werden. Das Bundeswehr-Tochterunternehmen hatte den Auftrag erst im vergangenen Sommer von einem privaten Dienstleister übernommen. mgb